

Zeitschrift: The Swiss observer : the journal of the Federation of Swiss Societies in the UK
Herausgeber: Federation of Swiss Societies in the United Kingdom
Band: - (1934)
Heft: 652

Artikel: Bundesrat Schulthess spricht
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-688852>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

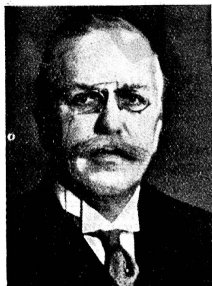
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Bundesrat Schulthess Spricht

AUS DER AM OFFIZIELLEN TAGE DER
SCHWEIZER MUSTERMESSE IN BASEL
GEHALTENEN REDE.

Bundesrat Schulthess dankt zuerst für die Einladung und den liebenswürdigen Empfang und beglückwünscht die Leitung der Mustermesse zu ihren Erfolgen und zum glänzenden Gelingen der diesjährigen, wiederum erweiterten, prächtigen Ausstellung. Sein Dank richtet sich namentlich an Herrn Regierungspräsident Aemmer, der das Unternehmen ins Leben rufen half, und von Anfang an seine ganze Energie und Hingebung in dessen Dienst stellte. Stolz kann heute der Basler Regierungspräsident auf sein Werk zurückschauen. Hohe Anerkennung gebührt auch dem geschickten und unermüdeten Direktor Herrn Dr. Meile, der dem Unternehmen immer weitere Freunde zu gewinnen weiss und dem keine Mühe und Arbeit zu viel ist. Der Redner dankt sodann auch den Ausstellern, die wieder gewaltige Opfer gebracht haben, hebt deren Initiative und Mut hervor, die neue Fortschritte erzielen, und fährt dann fort:

Lassen Sie mich nun, wie es seit Jahren Tradition ist, bei dieser Gelegenheit von unserer wirtschaftlichen und politischen Lage und von dem sprechen, was uns heute bewegt. Bevor ich aber darauf eintrete, möchte ich eine grundsätzliche Frage erwähnen und gegenüber gewissen Behauptungen sauberen Tisch machen.

FUEHRUNG, ABER IN DER DEMOKRATIE.

Man verlangt vom Bundesrat Führung. Und mit Recht. Wir wissen, dass wir sie schulden und dass es unsere Pflicht ist, in so ausserordentlichen Zeiten mit Hilfe unserer Berater den Weg zu weisen, der zu beschreiten ist. Die eidgenössischen Räte haben uns zwar nicht die unbeschränkten Vollmachten erteilt, wie dies im Kriege der Fall war, uns aber doch sehr weitgehende Befugnisse übertragen, die uns gestatten, intensiv in das Wirtschaftsleben einzugreifen.

Mit Unrecht wirft man uns vor, wir wüssten nicht, was wir wollten. Unser Ziel liegt vor uns.

WIR SIND UNS KLAR, WELCHEN WEG WIR ZU GEHEN HABEN,

wir sind aber auch nicht im Zweifel darüber, dass die Macht des Staates begrenzt ist, von vielen Volksgenossen aber weit überschätzt wird. Wir können insbesondere nicht die Gesamtinteressen des Landes wahrnehmen, ohne dem ganzen Volke Opfer zuzumuten und ohne in die Gewohnheiten, ja selbst die Rechte der Bürger einzugreifen. Unsere Pflicht ist eine harte und eine bittere. Wir sind bereit, sie zu erfüllen. Aber wir müssen vom Schweizervolk erwarten, dass es sich Rechenschaft gebe, dass der Einfluss des Auslandes und der allgemeinen wirtschaftlichen Gesetze von uns nicht gebrochen werden kann. Wir wollen nicht von oben herab gegen das Volk regieren, sondern mit ihm zusammen wirken. Wir wollen

DIE FUEHRER EINES FREIEN VOLKES sein, das seiner Geschicke Herr bleibt.

Auch in diesen schweren Zeiten kann nicht die Rede davon sein, die Demokratie über Bord zu werfen; aber in einer Periode, in der die Verhältnisse fast täglich wechseln und in der wir uns diesen immer wieder anpassen müssen, in der notwendigerweise die staatlichen Erlasse sich ins Ungeahnte vermehren, ist es nicht möglich die Formen in allen Teilen aufrecht zu erhalten, die die Verfassung für ordentliche Zeiten vorsieht. Parlament und Bundesrat haben vom Volke den Generalbefehl erhalten, durchzuhalten; die einzelnen Entschlüsse, die fast täglich fallen, müssen den Räten und der Regierung überlassen werden. Dies ist für das Land bittere Notwendigkeit, für uns eine schwer zu ertragende Vermehrung unserer Macht.

BUERGERPFLICHTEN.

An Stelle der Zerfahrenheit, an Stelle des Auseinanderstrebens aller Kräfte, an Stelle des Wettlaufens der Parteien und Gruppen, von denen jede auf Staatskosten mehr bieten will, müssen

SOLIDARITAETSGEFUEHL UND VERANTWORTLICHKEITSGEFUEHL.

treten. Mutig muss dem Volk gesagt werden, was möglich ist und was über unsere Kraft geht. Daneben aber braucht es auch Disziplin und Selbstbeherrschung. Wen ein jeder alles, was

ihm im Momente des Unmutes durch den Kopf geht, in das Volk trägt, wenn ein jeder Ideen, die er von seinem Standpunkt aus geformt hat, ohne die Rückwirkungen auf andere zu bedenken, als umstössliche Wahrheit vertritt, die Köpfe verwirrt und das, was von Staates wegen geschieht, herunterreißt, dann entsteht eben jene Konfusion, die eine der grössten Gefahren der Demokratie bildet und sie zu diskreditieren und zu schädigen geeignet ist, die allgemeinen Lebensinteressen des Volkes aber im Herzen treffen muss.

Wir bilden uns nicht ein, immer das richtige zu treffen. Wir haben geirrt und werden auch in Zukunft irren.

NICHTIRREN IST DAS VORRECHT DERER, DIE NICHTS TUN

und keine grossen Aufgaben zu erfüllen haben. Wir begrüssen die Kritik, wenn sie uns neue Wege weist, und bilden uns nicht ein, alles besser zu wissen. Allein wir können auch nicht allen Strömungen und Wünschen folgen. Wir müssen gelegentlich den gordischen Knoten durchhauen und entscheiden. Diese Pflicht macht nicht populär, aber wir sind nicht an leitender Stellung, um nach Gunst zu streben, sondern um unerschrocken unsere Pflicht gegen Land und Volk nach bestem Gewissen zu erfüllen. Das werden wir umbekümmert um alle Stürme tun, so lange wir auf diesem Posten stehen.

LEGENDEN UND BERICHTIGUNGEN.

Die jüngste Zeit hat — er muss dies heute hier klar und deutlich gesagt werden — ein schlagendes Beispiel geliefert, wie die Landesinteressen durch leichtfertige und unüberlegte Polemik geschädigt werden. Ein Kollege, dessen Arbeitskraft, Hingebung, Talent und Verdienste wir alle hochschätzten, hat sein Amt niedergelegt.

Im In — wie im Auslande wurde, an beiden Orten aus schweizerischer Quelle, diese Demission, teils von der Bemerkung begleitet, dass der Scheidende die Verantwortlichkeit für die Finanzgebarung des Landes nicht mehr länger tragen könne und ausscheide, weil seine Kollegen seine Ratschläge nicht befolgen und eine anfechtbare Finanzpolitik vertreten. Der Ausscheidende sei der Verteidiger unserer Währung gewesen, während die verbliebenen Bundesräte hierfür nicht die nötige Energie und den erforderlichen Willen aufbrächten.

Ich bin ausdrücklich vom Bundesrat ermächtigt,

HIER DIESER LEGENDE EIN ENDE ZU MACHEN.

Für die bisherige Finanzgebarung des Landes sind alle Mitglieder des Bundesrates verantwortlich und der scheidende Chef des Finanzdepartements ist sicherlich der erste, der anerkennt, dass keine wesentliche Ausgabe gegen seinen Rat und seinen Willen beschlossen worden ist. Einmütig hat der Bundesrat das Finanzprogramm ausgearbeitet, einmütig hat er es letzten Herbst durchgesetzt, und der Demission des Chefs des Finanzdepartements sind keinerlei Meinungsverschiedenheiten auf finanzpolitischen Gebiet vorausgegangen. Auch in seiner neuen Zusammensetzung wird der Bundesrat, wir er dies öffentlich erklärt hat, sich mit grösster Energie.

FUER DAS GLEICHGEWICHT DES BUDGETS UND DIE AUFRICHTERHALTUNG UNSERER HEUTIGEN GOLDWAEHRUNG EINSETZEN.

Er wird alles tun, um das Vertrauen zu befestigen, und er appelliert an das ganze Schweizervolk, ihm in diesen Bestrebungen zu unterstützen.

Im Anschluss daran, sei mir, als Chef des Volkswirtschaftsdepartements, gestattet, ausnahmsweise

EINE PERSOENLICHE BEMERKUNG

anzuschliessen. Sie rechtfertigt sich durch die Wichtigkeit der Sache, den Aufgabenkreis meines Departementes und die ungerechtfertigten Vorwürfe, die mir gemacht worden sind und die mich als einen blinden Befürworter einer uferlosen Subventionspolitik darstellen.

Gewiss bin ich aus voller Ueberzeugung dafür eingestanden, unsere Wirtschaft beim Nahen der Krise nicht sich selbst zu überlassen und habe

ich eine grosse Zahl wirtschaftlicher Massnahmen vorgeschlagen, die die Landwirtschaft und die für das Inland arbeitende Industrie zu stützen, aber auch den Export zu fördern geeignet waren. Ich habe in voller Uebereinstimmung mit allen meinen Kollegen und dem Parlament gewisse Hilfsaktionen finanzieller Natur befürwortet, die ich nicht zu bereuen habe. Von Anfang an aber habe ich immer zu Mässigung gemahnt, übertriebene Ansprüche und die Theorie von der Allmacht des Staates bekämpft. Mit grösster Entschiedenheit bin ich sehr oft Mehrforderungen entgegengetreten. Ja ich verrate kein Geheimnis, wenn ich auch hier ausdrücklich feststelle, was in den eidgenössischen Räten wiederholt gesagt worden ist: Oeffters bin ich zurückhaltender gewesen als andere, und nicht zufällig hat man mir vorgehalten, dass ich gewisse Projekte, die die Staatsfinanzen in hohem Masse in Anspruch genommen hätten und zwar ohne dass nach meiner Ueberzeugung das erhoffte Ziel erreicht worden wäre, abgelehnt und zur Verwerfung gebracht hätte. Ich bin allzusehr von der Ueberzeugung durchdrungen, dass das Gleichgewicht der staatlichen Finanzen die Grundlage erspriesslicher Wirtschaftspolitik bildet und dass der Staats- und Landeskredit der Felsen ist, auf dem heute einzig aufgebaut werden kann, als dass ich leicht hin Ausgaben empfehlen und leichten Herzens zur Dekretierung neuer Steuern und Abgaben schreiten würde.

Das heute zu sagen, habe ich das Recht und sogar die Pflicht, denn es soll vor dem Schweizervolk und sogar vor dem Ausland im Interesse unseres Kredites und der Währung festgestellt werden, dass das Mitglied des Bundesrates, das die Wirtschaftspolitik des Landes leitet, sich immer zu den soliden Grundsätzen einer vernünftigen und überlegten Finanzpolitik bekannt hat und stets bekennen wird. Ich betrachte es als unter meiner Würde, auf persönliche Angriffe einzutreten. Viele Stürme sind in zwanzig Jahren bewegter Zeit, in der ich in die Interessensspäre Unzähliger eingreifen musste, über mich hinweggegangen. Keiner hat mich gebrochen, keiner wird mich brechen, denn ich bin im Laufe aller dieser Jahre nie um Haaresbreite von der Linie meiner Pflicht abgewichen und habe stets das Beste gewollt. In diesem ruhigen Bewusstsein liegt das Geheimnis meiner Kraft und die Quelle meiner Stärke.

UNSERE HANDELSPOLITIK.

Eine Verhandlung jagt die andere, und gewöhnlich wird erst in den letzten Tagen oder gar in den letzten Stunden vor Ablauf einer Konvention möglich, diese durch eine neue provisorische und kurzfristige Abmachung zu ersetzen. Das Prinzip der Meistbegünstigung tritt in den Hintergrund und wird durch den Grundsatz der Reziprozität ersetzt. Auch wir müssen verlangen, dass die Staaten, deren kaufkräftige Kunden wir sind, uns entsprechende Gegenleistungen machen. Wir werden auch in Zukunft mit Konsequenz und Energie einen vernünftigen Schutz für unsere Inlandsproduktion sichern, zugleich aber auch Exportmöglichkeiten zu erkämpfen bestrebt sein.

UNSER STANDPUNKT IN DER TRANSFERFRAGE.

Was die Zins- und Kapitalzahlungen betrifft, so sind hier in Basel vor wenigen Tagen Erklärungen abgegeben worden, die zum Aufsehen mahnen. Danach glaubt Deutschland seinen Verpflichtungen nachzukommen, wenn es die von ihm geschuldeten Beträge intern bezahlt, sie aber, weil es dazu nicht mehr im Stande sei, nicht mehr transferiert. Es liegt auf der Hand, dass eine Gutschrift in Mark über die nicht frei verfügt werden kann, keine wirkliche Zahlung bedeutet, und dass den schweizerischen Gläubigern nicht zugemutet werden kann, sich damit abzufinden. Was den Transfer betrifft, so haben wir volles Verständnis dafür, dass ein Land, das sich in der Lage Deutschlands befindet, seinen Verpflichtungen nur durch Warenlieferungen nachkommen kann. Wir sind und waren stets bereit, entsprechende Bezüge zu machen.

Für die kommenden Verhandlungen kann ich nur auf das verweisen, was ich schon früher mit aller Bestimmtheit erklärt habe:

DIE SCHWEIZ KANN IN KEINEM FALLE ZUGEBEN, DASS DEUTSCHLAND SEINEN VERPFLICHTUNGEN IHR GEGENUEBER NICHT NACHKOMMT UND DEN TRANSFER VERWEIGERT, WAEREND WIR FUER WARENBEZUEGE BETRAEGE ZU UEBERWEISEN HAETTEN, DIE DIEJENIGEN UNSERER GUTHABEN WEIT UEBERSTEIGEN. WIR WERDEN DAHER MIT ALLER ENERGIE DIE FORDERUNG GELTEND MACHEN, DASS DER TRANSFER DER SCHWEIZERISCHEN GUTHABEN MINDESTENS IN BISHERIGER WEISE ERFOLGT.

N.Z. (11.4.34).